Wissenschaft und Freiheit

Keynote des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft

Professor Dr. Patrick Cramer

Anlässlich der Konferenz WISSENSWERTE

29.09.2025

Freie Universität, Berlin

– Es gilt das gesprochene Wort –

Gleich hier nebenan, im Harnack-Haus, versammeln sich regelmäßig die Mitglieder der Max-Planck-Gesellschaft. Als ich vor kurzem wieder einmal zu einem dieser Treffen kam, blieb ich direkt am Eingang hängen: „Hallo Patrick“, begrüßte mich ein Kollege, „ich komme aus der Zukunft.“ Aus der Zukunft? In meinem Kopf begann es zu rattern, bis mir klar wurde, worauf mein Kollege anspielte. Er arbeitet an unserem Partnerinstitut – in Argentinien.

Sehr geehrte Damen und Herren,

was wollte mir mein Kollege aus der Zukunft wohl mitteilen? Eigentlich ganz klar: Das, was in Argentinien derzeit geschieht, kann auch uns bevorstehen. Auch hier kann eine Politik Einzug halten, die so radikal ist, wie sie aktuell der argentinische Präsident Javier Milei betreibt. Ein Blick über den Atlantik nach Argentinien – und in die USA – reicht aus, um das Ausmaß zu erkennen.

Mit massiven Entlassungen und rigorosen Sparmaßnahmen hat Milei zwar die Inflation reduziert und nach Jahren der Stagnation sogar leichtes Wachstum erzeugt. Doch der Preis ist enorm: Die Gesellschaft bleibt tief gespalten, und die Nachhaltigkeit dieser Entwicklung ist fraglich. Besonders spürbar werden die Kürzungen in der Wissenschaft. Das Forschungsministerium wurde abgeschafft. Seit 2024 wurden die Mittel für Forschung und Innovation um mehr als 30 Prozent beschnitten, über 1.000 Stellen wurden gestrichen.

Nicht weniger einschneidend sind die Entwicklungen in den Vereinigten Staaten unter Präsident Donald Trump. Während Milei vor allem aus ökonomischer Not den Rotstift ansetzt, agiert Trump aus Überzeugung und mit System gegen die Wissenschaft. Kündigungswellen in Regierungsagenturen,

massive Kürzungen in der Forschungsförderung und rigorose Verschärfungen der Einwanderungsgesetze prägen seinen Kurs.

Wie drastisch die Auswirkungen dieser unbarmherzigen Politik sind, konnte ich im April selbst erleben: Forschende bangen um ihre Existenz, sie sind eingeschüchtert und fürchten Repressalien. In der Wissenschaft herrscht eine Atmosphäre der Selbstzensur. Internationale Projekte werden abgebrochen, der freie Austausch von Talenten wird erschwert, oft unmöglich gemacht.

Diese Entwicklungen betreffen uns ganz direkt, denn die USA sind der wichtigste Kooperationspartner der Max-Planck-Gesellschaft. Aktuell laufen über 1.000 Kollaborationsprojekte, Jahr für Jahr entstehen mehr als 4.000 gemeinsame Publikationen. Trumps Politik gefährdet jedoch nicht nur die deutsch-amerikanische Kooperation, sondern die Forschung weltweit. Ein Beispiel: Die USA betreiben rund 1.200 wissenschaftliche Ressourcen wie Datenbanken, die für die globale Wissenschaft unverzichtbar sind. Diese Schätze, Basis zahlloser Forschungsarbeiten, sind nun bedroht.

Sehr geehrtes Publikum,

viele von Ihnen haben eindrucksvoll aufgezeigt, mit welch erschreckender Geschwindigkeit wissenschaftlichen Institutionen die feste Grundlage entzogen werden kann. Für Ihre kritische Berichterstattung danke ich Ihnen – denn die Öffentlichkeit muss über diese Entwicklungen informiert sein. Auch ich habe mich zu Wort gemeldet, hier wie in den USA. Kurz bevor die Harvard University gegen die Maßnahmen der Trump-Regierung vor Gericht zog, schrieb ich einen offenen Brief an ihren Präsidenten Alan Garber. Ich habe ihm unsere Solidarität zugesichert – für die Verteidigung der institutionellen Autonomie. Dabei geht es um nichts Geringeres als um die Freiheit der Wissenschaft.

Doch eines muss uns klar sein: Solidarität allein reicht nicht. Wir müssen handeln, um die freie Wissenschaft aktiv zu schützen. Als Max-Planck-Gesellschaft haben wir bereits im Juni ein Transatlantik-Programm ins Leben gerufen. Damit stellen wir uns dem drohenden Isolationismus entgegen und setzen weiter auf eine starke Partnerschaft mit den USA. Unsere Zusammenarbeit stärken wir gezielt – etwa durch die Gründung neuer Kooperationszentren mit führenden US-Institutionen. Darüber hinaus bieten wir Talenten, die aus den USA abwandern, bei uns einen sicheren Hafen.

Andere gehen ebenfalls Schritte, um Top-Talente in der Wissenschaft zu halten. Ich begrüße die europäische Initiative „Chose Europe“ und das 1.000-Köpfe-Programm der Bundesregierung. Darüber hinaus spreche ich mich dafür aus, dass Zukunftsfelder, die weltweit bedeutsam sind und in den USA nicht mehr angemessen gefördert werden, in die Hightech-Agenda aufgenommen werden. Ein Beispiel ist die Entwicklung von mRNA-Impfstoffen, von denen derzeit über 100 in der Pipeline sind –

und deren Förderung in den USA jüngst um rund eine halbe Milliarde Dollar gekürzt wurde. Wir müssen handeln und dürfen das nicht allein China überlassen!

Meine Damen und Herren,

was mich beim Blick auf die USA besonders beunruhigt, ist etwas sehr Tiefgreifendes. Hinter den Angriffen auf die Wissenschaft verbirgt sich ein Ziel: die Unterdrückung des kritischen Denkens, das jungen Menschen an den Universitäten vermittelt wird. Diese Angriffe sollen verhindern, dass rechtspopulistische Narrative als das entlarvt werden, was sie sind: falsch und gefährlich. Sie sollen verhindern, dass die Wahrheit ans Licht kommt. Was also systematisch zurückgedrängt wird, ist nicht nur die Wissenschaftsfreiheit – es ist die Demokratie selbst.

Dieses Vorgehen folgt einem aus der Geschichte bekannten Drehbuch, mit dem Demokratien in Autokratien umgebaut werden. Der Umbau des Staatswesens geschieht offen – vor den Augen der Weltöffentlichkeit. Schon stehen nicht nur die Wissenschaft, sondern auch die freien Medien und die unabhängige Justiz im Fadenkreuz. Auch sie geraten unter massiven Druck und werden eingeschränkt, weil sie, wie auch die Wissenschaft, zu den Grundpfeilern des demokratischen Rechtsstaats gehören.

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Ich komme aus der Zukunft“ – dieser Satz vermittelt die Vorstellung, dass eine Situation wie in Argentinien oder den USA auch bei uns unvermeidlich sei. Doch trifft das wirklich zu? Wird das, was der Wissenschaft jenseits des Atlantiks widerfährt, zwangsläufig auch hier bei uns Einzug halten? Ich möchte diese Frage in zwei Schritten beantworten: Zunächst erläutere ich, wie es um die Freiheit der Wissenschaft in Deutschland bestellt ist. Im Anschluss zeige ich auf, wie Wissenschaft und Medien gemeinsam solchen düsteren Entwicklungen entschlossen entgegentreten können.

Ich habe mich bei meinen rechtswissenschaftlichen Kolleginnen und Kollegen über den aktuellen Stand der Freiheitsrechte erkundigt. Die gute Nachricht zuerst: Die Wissenschaftsfreiheit genießt in Deutschland einen außergewöhnlich starken Schutz. Verankert ist sie in unserem Grundgesetz – Artikel 5, Absatz 3: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“ Diese Verfassungsregelung ist eine Besonderheit, denn in vielen Ländern – auch in den USA – ist die Freiheit der Wissenschaft nicht explizit durch die Verfassung garantiert. Bei uns hingegen darf sie nur eingeschränkt werden, wenn andere verfassungsrechtlich geschützte Güter dies erfordern, etwa beim Embryonenschutz, dem Datenschutz oder dem Tierschutz.

Die weniger erfreuliche Nachricht lautet: Die Wissenschaftsfreiheit ist weltweit immer stärker gefährdet – und auch in Deutschland steigen die Risiken. Im aktuellen Academic Freedom Index wird Deutschland zwar weiterhin als „vollständig frei" eingestuft, aber seit 2023 ist der Grad der akademischen Freiheit zurückgegangen. Deutschland liegt nun in den Top 10 bis 20 Prozent – hinter der Tschechischen Republik und Schweden, aber doch vor dem Vereinigten Königreich, das nur in den Top 30 bis 40 Prozent einsortiert ist.

Die Gefahren für die Wissenschaftsfreiheit kommen grundsätzlich aus vier Richtungen: vom Staat, von den Medien, aus der Gesellschaft und von den Institutionen selbst. Hier möchte ich vor allem auf die Risiken durch staatliches Handeln eingehen, denn genau dieses wissenschaftsfeindliche Handeln beobachten wir jenseits des Atlantiks. Dabei gilt es, zwei Arten staatlicher Eingriffe zu unterscheiden: unmittelbare Eingriffe durch Regulierung einerseits und mittelbare Eingriffe über den Hebel der Fördergelder andererseits.

Zu den direkten Eingriffen: Auch bei uns gab es jüngst politische Initiativen, die die Freiheit der Wissenschaft bedrohen. Ein Beispiel ist der Vorstoß der AfD in Sachsen-Anhalt, die Mittel an Hochschulen parteipolitisch zu kontrollieren und die Gender Studies abzuschaffen. Ein weiteres Beispiel ist ein Gesetzesentwurf aus Schleswig-Holstein, der vorsieht, Forschung nur dann zu fördern, wenn sich die Forschenden zu einer vielfältigen Gesellschaft bekennen. Ein drittes Beispiel kommt aus Bayern, wo 2024 ein Verbot von Zivilklauseln und eine Verpflichtung von Universitäten zur Zusammenarbeit mit der Bundeswehr verabschiedet wurden.

Dabei ist mir Eines sehr wichtig: Es spielt überhaupt keine Rolle, wie wir diese politischen Vorstöße inhaltlich bewerten. Man kann zu Fragen der Diversität oder der Verteidigungsforschung unterschiedlicher Meinung sein. Hier geht es einzig um die Frage, ob solche Vorstöße mit der grundgesetzlich garantierten Wissenschaftsfreiheit vereinbar sind. Ich selbst glaube das nicht. Im Fall des bayerischen Gesetzes wird diese Frage bald vor Gericht entschieden – denn kürzlich wurde dagegen Verfassungsklage eingereicht.

An dieser Stelle möchte ich einen konstruktiven Vorschlag machen, wie die sicherheitsrelevante Forschung in der Zeit nach der „Zeitenwende" gestaltet werden könnte, ohne dass wir uns in Kulturkämpfe verstricken. Verteidigungsforschung ist nicht in unserer DNA – weder bei der Max-Planck-Gesellschaft noch an den Universitäten, von denen rund 70 Zivilklauseln haben, die das Selbstverständnis vieler Menschen prägen.

Wie könnte der Staat vor diesem Hintergrund den durchaus berechtigten Bedarf an mehr Verteidigungsforschung erfüllen? Statt durch Verbote oder Gebote zu reglementieren, wäre es sinnvoller, Fördermittel aus dem Verteidigungshaushalt bereitzustellen, auf die Forschende freiwillig zugreifen

können – auch wenn sie an einer Einrichtung mit Zivilklausel arbeiten. Denn Zivilklauseln stehen unter dem Vorbehalt des Grundgesetzes, und einzelne Forschende können sich auf die Wissenschaftsfreiheit berufen. Die Universität Freiburg hat das sogar explizit in ihrer Ordnung festgehalten.

Ebenso wichtig ist allerdings, dass niemand zur Verteidigungsforschung gezwungen wird und dass Forschende, die sich dagegen entscheiden, keine Nachteile erleiden. Und schließlich sei betont: Sicherheitsrelevante Forschung findet nicht nur in den Natur- und Ingenieurswissenschaften statt, sondern auch in den Rechts-, Geistes- und Sozialwissenschaften, um etwa Völkerrecht, Konfliktprävention und Diplomatie voranzubringen. Das muss von der Politik sorgfältig mit bedacht werden.

Jetzt noch ein Wort zu den indirekten Gefährdungen über den Hebel der Fördermittel: Mein Kollege Ralf Poscher schrieb dazu treffend in der F.A.Z.: „Wer bezahlt, bestimmt die Musik." Auch in Deutschland ist wissenschaftliche Freiheit bedroht durch mögliche Eingriffe über die Finanzierung. Sie erinnern sich sicher noch an die Fördergeld-Debatte im vergangenen Jahr, die viele Ängste in der Wissenschaft ausgelöst hat.

Nun könnte man freilich einwenden, dass ein Freiheitsrecht keinen Anspruch auf Förderung beinhaltet. Freiheit ja – aber ohne Geld! Doch ist dem wirklich so? Nein! Denn der Staat trägt auch die Pflicht, einen Rahmen zu schaffen, in dem das Grundrecht auf freie Wissenschaft gelebt werden kann. Die Wissenschaftsfreiheit schützt nicht nur Einzelne, sondern auch die Institutionen. Sie ist kein Luxusgut, sondern konstitutiv für unsere Demokratie.

Gleichzeitig muss eine demokratisch legitimierte Volksvertretung natürlich auch Zukunftsthemen im Blick haben, die der Bevölkerung dienen. Aber so wichtig es ist, bei Schlüsselbereichen wie Biotechnologie, Quantencomputern oder Fusionsforschung vorne zu bleiben – wir müssen den Wissenschaftsinstitutionen ebenso die Freiheit lassen, ihre eigenen Forschungsschwerpunkte zu setzen. Forschungsthemen allein politisch vorzugeben, wäre ein Fehler, der typischerweise in Autokratien begangen wird, die damit ihre wirtschaftlichen oder militärischen Interessen forcieren.

Ich will hier ganz deutlich machen: Ein großer Teil der Zukunft ist unbekannt und entzieht sich damit einer staatlichen Planung. Um dennoch gut für das Ungewisse gewappnet zu sein, brauchen wir freie Forschung. Immer wieder hat sie uns unerwartete Lösungen gebracht – von Antibiotika über Laser bis hin zur Genschere. Die Beiträge der freien Wissenschaft für den gesellschaftlichen Fortschritt kann man kaum überschätzen.

Was können Forschende angesichts dieser Herausforderungen tun, um die Wissenschaftsfreiheit zu schützen? Das Schlüsselwort lautet: Verantwortung. Wir müssen die Forschungsintegrität hochhalten

und kurzlebigen Trends widerstehen. Zugleich sind Transparenz in der Kommunikation und eine klare Darstellung von Chancen und Risiken unserer Forschung unabdingbar.

Dabei dürfen wir uns keinesfalls einem autoritären Szientismus hingeben. Einfach nur „Follow the Science!“ zu rufen, wird der Realität nicht gerecht. Wir müssen nicht nur Ergebnisse präsentieren, sondern auch Handlungsoptionen aufzeigen – und dann der Gesellschaft und ihren gewählten Vertretern die Entscheidung darüber überlassen. Wissenschaft kann und darf den politischen Prozess nicht ersetzen, sondern muss evidenzbasierte Beiträge in laufende Debatten einbringen.

Als Max-Planck-Gesellschaft arbeiten wir kontinuierlich daran, diesem hohen Anspruch gerecht zu werden. Drei Beispiele seien genannt: Bereits 2010 publizierten wir Leitlinien zum Umgang mit Forschungsrisiken. In der Folge entstanden mehr als 150 Ethik-Kommissionen für sicherheitsrelevante Forschung sowie eine ständige Kommission von Leopoldina und DFG. Im November 2023 starteten wir einen Prozess zum „Derisking“ bei Kooperationen mit China. Und erst letztes Jahr beschlossen wir Leitlinien für die Erforschung und Entwicklung von Künstlicher Intelligenz.

Unser Anspruch ist es, Wissenschaftsfreiheit verantwortungsvoll und autonom zu gestalten. Doch immer mehr externe Regelungen setzen uns Grenzen. Diese Überregulierung muss dringend abgebaut werden – damit wir uns wieder voll und ganz auf das konzentrieren können, was zählt: die Forschung. Die Allianz der Wissenschaftsorganisationen hat im vergangenen Jahr einen Maßnahmenkatalog zum Abbau von Überregulierung vorgelegt, der nun zügig von der Politik umgesetzt werden muss!

Meine Damen und Herren,

damit komme ich zur dringlichsten Aufgabe, die vor uns liegt – und das ist eine, die Wissenschaft und Medien gleichermaßen haben, die uns Forschende mit Ihnen allen verbindet: Es geht um verantwortungsvolle Kommunikation – und darum, Räume zu schaffen, in denen sie gedeihen kann. So wie die Wissenschaftsfreiheit setzt auch die Pressefreiheit eine breite gesellschaftliche Unterstützung voraus. Die Ausgangslage ist generell gut, denn laut Wissenschaftsbarometer vertraut eine – wenn auch knappe – Mehrheit der Deutschen der Wissenschaft. Diese Unterstützung müssen wir ausbauen – auch durch verantwortungsbewusstes Kommunizieren!

Das ist allerdings gar nicht so einfach. In der Pandemie haben viele Menschen zum ersten Mal erlebt, wie komplex der wissenschaftliche Erkenntnisprozess ist – und das hat viele verunsichert. Christian Drosten hat kürzlich betont, dass zur Wissenschaftsfreiheit auch die Verantwortung gehört, entschieden gegen Meinungsmacht und Desinformation vorzugehen. Er warnte vor einem postfaktischen

Zeitalter, in dem Fakten und Expertise immer öfter infrage gestellt werden. Dem kann ich nur zustimmen: Die Wissenschaft muss als verlässliche Stimme im demokratischen Diskurs präsent und hörbar bleiben.

Dabei ist eines von zentraler Bedeutung: In den hitzigen Debatten unserer Zeit verschwimmen oft die Grenzen zwischen Wissenschaft und Meinung. Ganz klar: Nicht alles, was ein Wissenschaftler sagt, ist Wissenschaft! Deshalb muss die Öffentlichkeit genau zwischen Wissen und Meinen unterscheiden können. Und hier sind Sie alle gefragt. Sie können zwischen Forschung und Öffentlichkeit vermitteln und diese wichtige Differenzierung herausarbeiten.

Was sagen die Daten, und was sind Interpretationen? Wann spricht die Expertin, und wann überschreitet jemand den Rahmen fachlicher Expertise? Das einzuordnen, das können Sie sehr gut – und das ist heute wichtiger denn je. So wie wir Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unsere eigenen Ergebnisse immer wieder auf den Prüfstand stellen, so sollten Sie unsere Arbeit ebenfalls kritisch begleiten und hinterfragen.

Das alles kann nur gelingen, wenn Wissenschaft und Medien seriös und nachvollziehbar arbeiten. Wir alle sind der ernsthaften Suche nach Wahrheit verpflichtet. Diese Suche braucht Unterstützung – auch finanzielle. Ohne die richtigen Rahmenbedingungen und Ressourcen gerät beides unter Druck, Wissenschaft und Wissenschaftsjournalismus.

Obwohl in Deutschland einige Medien ihre hohen Qualitätsstandards durch öffentliche Mittel aufrechterhalten, leidet der Wissenschaftsjournalismus zunehmend unter Finanznot und unter Programmänderungen, die einschlägige Formate verdrängen. Das gefährdet die Vielfalt und Qualität der Berichterstattung, die für die öffentliche Meinungsbildung unverzichtbar sind. Deshalb müssen wir gemeinsam dafür sorgen, dass die gesellschaftliche Bedeutung des Wissenschaftsjournalismus hervorgehoben wird.

Zudem braucht es dringend Räume, in denen sorgfältige Kommunikation möglich ist – Räume, in denen nicht die Trend-Themen, „Clickbaits“ oder populistische Aussagen dominieren. Solche Räume zu schaffen, ist gerade in Zeiten von Social Media eine riesige Herausforderung. Wenige Tech-Giganten haben das Internet durch Plattformmonopole ersetzt. Sie kontrollieren nahezu die gesamte digitale Aufmerksamkeit. Die Reichweiten im digitalen Raum werden durch intransparente, kommerzielle Algorithmen gesteuert, die zudem Polarisierung fördern. Mit wachsender Polarisierung aber geht der sachliche Diskurs verloren – und damit ein entscheidendes Element unserer demokratischen Willensbildung. Deshalb ist es unerlässlich, dass die Politik jetzt eingreift, um wieder eine faire und offene Medienlandschaft zu schaffen.

Welche Maßnahmen können dabei helfen? Die Leopoldina empfiehlt in einem aktuellen Papier ein Verbot von Konten für soziale Medien für Kinder unter 13 Jahren sowie deutliche Einschränkungen für Jugendliche, zum Beispiel durch Altersgrenzen, algorithmische Bremsen und ein Smartphone-Verbot in Schulen bis zur 10. Klasse. Diese Maßnahmen stützen sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse, die Risiken für die Gesundheit und die Entwicklung belegen – darunter Suchtverhalten, Konzentrationsprobleme und negative soziale Folgen. Scharf kritisiert die Leopoldina die Aufmerksamkeitsökonomie, in der Unternehmen bewusst süchtig machende Strukturen schaffen, um Nutzer an Social Media zu binden. Fest steht: Demokratie braucht geschützte Räume für den Dialog, muss diese Räume aber auch selbst aktiv schützen.

Meine Damen und Herren,

ich fasse zusammen: Freiheitsrechte und unabhängige Institutionen sind unverzichtbar für unsere Demokratie. Sie müssen von Politik und Gesellschaft geschützt werden. Wissenschaft ist eine Tätigkeit der Gesellschaft für die Gesellschaft. Sie spielt eine zentrale Rolle für die Freiheit des Einzelnen, weil sie es ermöglicht, Dogmen, Vorurteile und Fremdbestimmung zu überwinden.

Stattdessen fördert Wissenschaft eine kritische, unvoreingenommene und selbstbestimmte Auseinandersetzung mit der Welt. Freie Wissenschaft und freie Medien stärken die Fähigkeit des Menschen zu eigenständigem Denken und Handeln. Wissenschafts- und Pressefreiheit sind daher die Fundamente, auf denen unsere offene Gesellschaft ruht.

Angesichts dieser Verantwortung kann einem leicht der Mut schwinden. Deshalb möchte ich zum Schluss über etwas sprechen, das mir Zuversicht gibt. Lassen Sie uns dafür noch einmal nach Argentinien schauen. Dort sorgte vor kurzem ein Livestream auf YouTube für große Aufmerksamkeit. Die argentinische Forschungsorganisation CONICET übertrug in stundenlangen Videos eine Tiefseeexpedition. Mit einem Tauchroboter erkundeten Forschende einen Canyon im Pazifik – und streamten das live ins Internet.

In Zeiten schnelllebiger Medien, TikTok-Videos und Reels war dieser Livestream fast eine meditative Erfahrung: Man sieht, wie der Tauchroboter sich langsam dem Ozeanboden nähert und bestaunt unbekannte Kreaturen, leuchtende Fische und putzige Seesterne. Auf der Tonspur überlegen Forscherinnen und Forscher laut, wohin sie den Roboter steuern. Sie jubeln, wenn sie in dieser fremden Welt unter der Meeresoberfläche Unbekanntes entdecken. Und sie formulieren ganz nebenbei neue Hypothesen.

Das Beeindruckende daran: Diese Videos erreichten teilweise mehr als eine Million Aufrufe! Wie kann es sein, dass so viele Menschen Stunden in vermeintlich „nutzlose“ Forschung investieren? Ich glaube, die Antwort liegt in dem, was auf der Tonspur mitschwingt: Dem Staunen. Man hört Forschende, die über die Schönheit der Meeresbewohner staunen. Sie bewundern das Unbekannte und zeigen sich dabei als Menschen, nahbar und authentisch.

Dieses Staunen hat die breite Öffentlichkeit in Argentinien angesteckt. Es ist ein zutiefst menschliches Gefühl: Die Geheimnisse unserer Welt zu erforschen verbindet uns alle. Unsere kindliche Neugier ist kein Charakterzug, sondern eine lebendige Kraft, die auch Erwachsene erfassen und mit Begeisterung erfüllen kann. Es gibt sie also noch, diese Räume für die Wissenschaftskommunikation – wir müssen sie nur gemeinsam bespielen – mit Klugheit und mit Leidenschaft. Wissenschaft und Medien Hand in Hand.

Erinnern Sie sich? Mein Kollege wollte mich vor einer möglichen Zukunft warnen. Aber noch ist die Zukunft offen, und wir können sie gemeinsam gestalten. Daraus schöpfe ich Zuversicht. Vielen Dank und alles Gute.